

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1219
der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann
Fraktion der PDS
Drucksache 3/3110

Waldarbeitsschule Bernau

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1219 vom 31.07.2001:

Der Abschlussbericht zur Forstreform schlägt eine Konzentration der Ausbildung von Waldarbeiterinnen und Waldarbeitern am Standort Kunsterspring vor.

Damit soll eine Kosteneinsparung in Höhe von ca. 1 Mio DM erreicht werden. Dem Entscheidungsvorschlag lagen ein forstwirtschaftliches und ein baufachliches Gutachten zugrunde.

Der Hauptausschuss der Stadt Bernau befasste sich in seiner Sitzung am 17. Juli d.J. ausführlich mit den Gutachten und unterbreitete der Landesregierung ein Angebot zur Senkung der Kosten am Standort Bernau.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Im Vergleich der Kosten zwischen beiden Standorten setzt die Landesregierung bei den Gebäuden, die der Stadt Bernau gehören, eine Miete in Höhe von 135.000 DM an. Unberücksichtigt blieb dabei, dass das Land seit 1994 keinerlei Mietzahlungen getätigt hat. Die Stadt bietet nun eine Absenkung der Miete auf 65 000 DM an. Ist das Land bereit, im Interesse von Kosteneinsparungen das Angebot ernsthaft zu prüfen?
2. Die Betriebskosten am Standort Bernau könnten infolge einer Sanierung (Wärmeschutz, Fenster, Dach) von den veranschlagten 173.000 DM auf ca. 106.000 DM gesenkt werden. Die Stadt ist bereit, für derartige Maßnahmen etwa 1,3 Mio DM zu investieren. Ist das Land bereit, im Interesse von Kosteneinsparungen auch dieses Angebot ernsthaft zu prüfen?

Datum des Eingangs: 05.09.2001 / Ausgegeben: 11.09.2001

3. Kostenreduzierungen können auch dadurch erreicht werden, dass Unterrichtsräume im nahegelegenen Barnimer Wissenszentrum genutzt werden (ein entsprechender Vorschlag des Landkreises liegt vor) und dass auf in der Planung befindliche Internatsräume der Handwerkskammer zurückgegriffen werden kann. Hinzu kommen Möglichkeiten einer privaten Unterbringung in möblierten Zimmern in der Stadt. Ist das Land bereit, im Interesse von Kosteneinsparungen dieses Angebot ebenso ernsthaft zu prüfen?
4. In einer Antwort auf eine mündliche Anfrage in der Landtagssitzung vom 12. Juli 2001 bestätigt die Landesregierung, dass die vor Ort verfügbaren Waldflächen ein Hauptgrund für die Favorisierung des Standortes Kunsterspring seien. Mit der Veränderung des Ausbildungsprogramms werden die Azubis allerdings künftig in ihrer praktischen Tätigkeit in den Forstämtern ausgebildet. Im Rahmen der Ausbildung an der Waldarbeitsschule ist für das erste Lehrjahr ein 4-, für das zweite ein 2- und für das dritte ein 3-wöchiger Kurs im Wald vorgesehen. Unter Einbeziehung des Bernauer Stadtwaldes steht hier ausreichend Waldfläche zur Verfügung. Ist die Landesregierung bereit, diese grundsätzliche Veränderung des Ausbildungsprogramms bei ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen?
5. Angesichts der Tatsache, dass Brandenburg ein Flächenland mit erheblichen Waldbeständen in unterschiedlichen Eigentumsformen ist und angesichts der Tatsache, dass auch künftig Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Fortsetzung des anspruchsvollen Waldumbauprogramms besteht, sollte ein Nachdenken über den Fortbestand zweier Waldarbeitsschulen kein Tabu sein. Ist die Landesregierung auch dazu bereit?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung **die kleine Anfrage wie folgt:**

Zu Frage 1:

Eine Absenkung der Miete für den Standort der Waldarbeitsschule Bernau führt nicht zu einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Im Ergebnis der Prüfung der Zusammenlegung der Waldarbeitsschulen ist festzustellen, dass die mit der Konzentration der Forstwirt-ausbildung vorgesehenen Investitionen an einer Landeswaldarbeitsschule zwingend an Immobilien im Eigentum des Landes Brandenburgs gebunden sind, da nur so eine Landeseinrichtung dauerhaft beplanbar ist.

Die vorgeschlagene Absenkung von Mieten für Kommunaleigentum unter ein marktübliches Niveau bietet diese Sicherheit nicht.

Zu Frage 2:

Im Ergebnis der Prüfung der Zusammenlegung der Waldarbeitsschulen wurde festgelegt, dass die mit der Konzentration verbundene Errichtung bzw. Modernisierung der Gebäude unabhängig vom Standort etwa vergleichbare Betriebskosten aufweisen werden. Die von der Stadt geplante Investition in eine Liegenschaft mit gemischten Eigentumsformen ist aus haushalterischen Erwägungen bedenklich.

Zu Frage 3:

Für die Absicherung der Unterbringung und des Unterrichts an einer konzentrierten Landeswaldarbeitsschule sind klare Rahmenbedingungen vorgesehen. Losgelöste Ansätze können im Einzelfall günstiger erscheinende Detaillösungen implizieren, sie berücksichtigen die Gesamtheit der Wirtschaftlichkeitsbeurteilung jedoch unzureichend. Die Unterbringung in Privat- und Ausweichunterkünften würde zu inakzeptablen Schlechterstellungen bzw. Besserstellungen zwischen den Auszubildenden führen, insbesondere es hierfür keine Notwendigkeit gibt.

Zu Frage 4:

Die Trennung der betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung ist bei der Beurteilung der Sachlage berücksichtigt worden. Es ist jedoch ein wesentlicher Aspekt, dass im erreichbaren Umfeld einer konzentrierten Waldarbeitsschule eine ausreichende Ausstattung mit Landeswald gegeben sein muss, um neben der Waldbewirtschaftung die Ausbildungsbeschäftigung abzusichern. Diesem Umstand, auch unter einer möglichen Einbeziehung des Bernauer Stadtwaldes als Ausbildungsfläche, wurde bei der Beurteilung Rechnung getragen, sie führt jedoch zu keinem anderen Ergebnis.

Zu Frage 5:

Die Konzentration der überbetrieblichen Forstwirtausbildung an nur einem Standort im Land Brandenburg ist Bestandteil des umfassenden Forstreformkonzeptes zur Entwicklung einer optimalen effizienten Forstverwaltung. Die Zusammenführung der beiden vorhandenen Waldarbeitsschulen führt dabei nicht nur zu einer Konsolidierung durch Betriebskosteneinsparung, sie führt darüber hinaus wegen der Kompetenz- und Ausbildungsmittelkonzentration zu einer Optimierung des Ausbildungsangebotes.

Im Ergebnis der Prüfung der Zusammenlegung der Waldarbeitsschulen wurde festgestellt, dass die Konzentration ohne Nachteile für die Forstwirtausbildung durchführbar ist. Es ist daher geboten, diesen Ansatz umzusetzen.